

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses (Nr. 23) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen (Nr. 13) am 25.11.1998

Sitzungsort:
im Ratssaal, Verwaltungsgebäude II,

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 20.11 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Richard Woldmer - Vorsitzender -
Ratsherr Dieter Dilling
Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt
II. Bürgermeister Eiwin Scholl
Ratsherr Hans Abels
Ratsherr Horst Jahnke
Ratsfrau Inge Hoffmann
Ratsherr Johann Südhoff
Ratsherr Johann Wessels
Beigeordneter Jürjen Heinks
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Reinhard Docter
Ratsherr Richard Janssen
Ratsherr Rico Mecklenburg
Ratsherr Wilhelm Jerems
Beigeordneter Wilhelm Leeker

für Beig. Hans-Dieter Haase

für Ratsfrau Herta Everwien

CDU

Beigeordneter Heinz Werner Janßen
Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Hinrich Odinga
Ratsfrau Monika Hoffmann
Ratsherr Nils Köhler
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsherr Uwe Hellmann

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Ratsherr Bernd Renken
Ratsherr Günter Strelow

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

für Ratsherrn Erich Bolinius

Beratende Mitglieder

Herr Recs Jenkins
Frau Birgit Koschnick
Herr Johann Janssen

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses (Nr. 23) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen (Nr. 13) am 25.11.1998

von der Verwaltung

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann
Erster Stadtrat Ludwig Hemken
Stadtbaurat Jan Röttgers
Stadtamtsrat Heinz Steenhardt
Stadtamtmann Richard Lücht
Stadtangestellter Thomas Schnieders
Stadtangestellter Udo Kattenbeck als Protokollführer
Stadtangestellter Rudolf Hütler als Protokollführer

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Herr Woldmer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, daß beide Ausschüsse ordnungsgemäß geladen und beschlußfähig sind.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Seitens der Verwaltung wird von **Herrn Brinkmann** darauf hingewiesen, daß über folgende Ergänzungen für die Tagesordnung zu entscheiden sei:

- Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 25.11.1998
- Tischvorlage 13/683/2
- Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.11.1998
- Anfrage BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 18.11.1998

Herr Brinkmann erläutert, daß ein Antrag, wie ihn die F.D.P.-Fraktion gestellt hat, nur dann möglich sei, wenn es darum ginge, einen kommunalen Schaden abzuwenden und daß die NGO dafür eine 2/3 Mehrheit vorschreibt. Er erklärt weiterhin, daß die Verwaltung einen weiteren Vorschlag zur Erhebung der Müllgebühren erhalten habe und unter Berücksichtigung dieses Vorschlages die Tischvorlage 13/683/2 erarbeitet worden sei. Dabei sei man zunächst davon ausgegangen, daß es sich um den Vorschlag der interfraktionellen Arbeitsgruppe handele. Erst später sei darauf hingewiesen worden, daß es sich um den Vorschlag der SPD-Fraktion handele.

Die insgesamt 41 Fragen, die von der SPD-Fraktion (7) und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (34) an die Verwaltung gerichtet worden seien, könne die Verwaltung in der heutigen Sitzung mündlich beantworten. Eine schriftliche Antwort lasse der enge Zeitrahmen nicht zu.

Herr Leeker betont, daß die Vorschläge der SPD-Fraktion aus interner Beratung entstanden seien. Sie seien nicht als Ergebnisse der interfraktionellen Arbeitsgruppe zu verstehen. Langfristig sei die Diskussion über alle Gebührenhaushalte der Stadt Emden notwendig, kurzfristig sei aber die Entscheidung zu den Müllgebühren am 3. Dezember wichtig, damit ab dem 01.01.1999 keine satzungslose Zeit entstehe.

Herr Dr. Beisser erklärt, daß der Antrag der F.D.P.-Fraktion so zu verstehen sei, daß die Höhe aller Gebühren anhand von Angeboten aus der Privatwirtschaft überprüft werden sollten. Man könne die Höhe der Kosten nicht einfach als gegeben hinnehmen.

Herr Renken merkt an, daß es auch das Ziel sei, die Wettbewerbsfähigkeit des städtischen Betriebes festzustellen. Weiterhin stellt er fest, daß der Vorstoß der SPD-Fraktion entgegen der Vereinbarung stehe, eine Lösung durch die interfraktionelle Arbeitsgruppe zu erarbeiten.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses (Nr. 23) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen (Nr. 13) am 25.11.1998

Herr Janßen schließt sich der Meinung von Herrn Renken an.

Herr Woldmer bittet um Abstimmung darüber, den Antrag der F.D.P.-Fraktion in die Tagesordnung aufzunehmen.

Die Mehrheit entscheidet sich dafür, den Antrag nicht in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Brinkmann stellt noch einmal klar, wie die Vorlagen zu verstehen seien:

TOP 4 entfele, wenn die Biomüllabfuhr nicht eingeführt werde.

TOP 5 sei für den Fall, daß die Biomüllabfuhr eingeführt werde.

TOP 6 sei eine Vorlage ohne Biomüllabfuhr mit Gebührenerhöhung.

TOP 7 sei eine komplette Gebührensatzung mit Biomüllabfuhr.

TOP 8 sei eine Vorlage ohne Biomüll auf Basis eines Vorschlages der SPD-Fraktion.

Herr Woldmer bittet darüber zu entscheiden, ob die mündliche Beantwortung der Anfragen und die Vorlage 13/683/2 in die Tagesordnung aufgenommen werden sollen. **Herr Leeker** spricht sich nicht gegen die Beantwortung der Fragen aus, er weist aber darauf hin, daß die Beantwortung sehr viel Zeit in Anspruch nehmen werde. **Herr Janßen** ist der Meinung, die Fragen sollten beantwortet werden, damit diese in den Fraktionen beraten werden könnten. Er bittet trotzdem um die schriftliche Beantwortung. **Herr Brinkmann** lehnt dies nochmals mit dem Hinweis auf den knappen zeitlichen Rahmen ab. **Herr Dr. Beisser** und **Herr Renken** stimmen ebenfalls dieser Erweiterung der Tagesordnung zu.

Herr Woldmer stellt fest, daß gegen die Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage 13/683/2 und die mündliche Beantwortung der Anfragen der SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN keine Einwendungen erhoben werden.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Stadtplanungsausschusses Nr. 21 und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen Nr. 12 am 10.11.1998

Herr Scholl weist darauf hin, daß einige Anfragen aus der Sitzung vom 10.11.1998 nicht über das Protokoll beantwortet wurden.

Anmerkung des Protokollführers:

Durch die Vielzahl der gestellten Fragen könnte es sein, daß die Fragen in einem anderen Zusammenhang beantwortet worden sind. Nach nochmaliger Prüfung ist uns z. Z. keine offene Frage bekannt. Andernfalls bitten wir, die offenen Fragen nochmals zu konkretisieren.

Beschluß: Die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Stadtplanungsausschusses Nr. 21 und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen Nr. 12 am 10.11.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: Einstimmig

Herr Brinkmann, Herr Hemken, Herr Röttgers und **Herr Schnieders** beantworten die insgesamt 41 Fragen, die an die Verwaltung gerichtet worden sind.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses (Nr. 23) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen (Nr. 13) am 25.11.1998

Punkt 4: Vorlage 13/592
III. Änderung der Abfallsatzung

Herr Renken fragt, ob es Sinn mache, über die Vorlage 13/592 zu sprechen. **Herr Brinkmann** bestätigt, daß dieser Punkt entfiere. Auf die Frage von **Herrn Wessels**, ob es eine Berechnung der Müllgebühren auf qm-Basis gebe, antwortet **Herr Schnieders** mit nein. **Herr Wessels** fügt hinzu, daß es in der Neuen Heimat diese Müllgebühren auf qm-Basis gebe.

Herr Hemken führt aus, daß dies Sache des Vermieters sei. **Herr Brinkmann** macht klar, daß, wenn keine Biomüllabfuhr eingeführt werde, er die Vorlage 13/592 zurückziehen werde. **Herr Bongartz** und **Herr Janßen** betonen, daß dies erkennbar sei.

Ergebnis: einstimmig zurückgestellt

Punkt 5: Vorlage 13/683
Satzung der Stadt Emden über die Erhebung von Gebühren für die Abfallbeseitigung ab dem 01.01.1999

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen

Punkt 6: Vorlage 13/683/1
Satzung der Stadt Emden über die Erhebung von Gebühren für die Abfallbeseitigung ab dem 01.01.1999

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen

Punkt 7: Vorlage 13/684
Satzung der Stadt Emden über die Erhebung von Gebühren für die Abfallbeseitigung ab dem 01.04.1999

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen

Punkt 8: Vorlage 13/683/2
Satzung der Stadt Emden über die Erhebung von Gebühren für die Abfallbeseitigung ab dem 01.01.1999

Herr Hemken erläutert die Vorlage. Er stellt zunächst vier Punkte heraus. Eine Biomüllabfuhr sei in der Vorlage nicht enthalten. Die Vorlage enthalte eine Grundgebühr. Die Gebühr für die LKW-Anlieferung könne gesenkt werden und die PKW-Anlieferung sei kostendeckend.

Die Anlage 4 stelle die Tarife im einzelnen dar. Der volumenabhängige Teil entspreche dem aktuellen Tarif. Zusätzlich werde eine gestaffelte Grundgebühr erhoben.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses (Nr. 23) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen (Nr. 13) am 25.11.1998

Herr Mecklenburg fragt an, warum die Grundgebühr gestaffelt erhoben werden solle und ob dies rechtlich zulässig sei.

Herr Hemken erklärt, daß in der Rechtsprechung eine Grundgebühr zur Deckung der Fixkosten bei ruhendem Betrieb zulässig sei. Grundsätzlich lasse der Gesetzgeber aber eine teilweise Abhängigkeit von der Gefäßgröße zu. Aus diesem Grunde habe man sich für die Staffelung der Grundgebühr entschieden.

Herr Janßen merkt an, daß in der Grundgebühr der Unterschied zwischen der wöchentlichen und der 14täglichen Abfuhr nicht berücksichtigt werde.

Herr Leeker betont, daß am 3. Dezember ein Beschluß gefaßt werden solle. Er begrüße deshalb den neuen Vorschlag der Verwaltung. Er bittet jedoch, folgende Änderungsvorschläge aufzunehmen:

Die Grundgebühr solle für alle Gefäßgrößen 24,00 DM betragen. Die PKW-Anlieferung an der Umladestation solle auf 30,00 DM festgelegt werden und die Gebühr für Sperrmüll dürfe nicht teurer als 75,00 DM sein.

Herr Dilling bemängelt, daß die Erhöhung der Müllgebühren in zu hohem Maße die älteren Mitbürger sowie die Single-Haushalte belaste.

Herr Odinga merkt an, daß das Verursacherprinzip mehr Berücksichtigung finden müsse, damit eine gerechte Lösung für alle herbeigeführt werde.

Herr Bongartz befürchtet, daß die vorgeschlagene Lösung nur ein erster Schritt sei, so daß dem Bürger auch kurzfristig weitere Erhöhungen zugemutet werden müßten. Er bittet zu prüfen, ob durch eine Anpassung der kalkulatorischen Kosten an die aktuellen Marktgegebenheiten eine Kostensenkung erreicht werden könne. Herr Schnieders errechnet, daß die Senkung der kalkulatorischen Zinsen um 1 % lediglich eine Kostensenkung von 16.000 DM bewirken würde.

Herr Renken erklärt, daß aus der Beratung heute kein Beschluß zu fassen sei. Seine Fraktion befürworte weiterhin die Einführung der Biotonne in 1999. Für die damit verbundenen Probleme könne durchaus eine Lösung gefunden werden, leider lasse der kurze Entscheidungszeitraum dies nicht zu. Er betont, daß die Einführung einer Grundgebühr dem Prinzip der Müllvermeidung entgegenstehe und daher nicht wünschenswert sei.

Herr Janßen möchte die heutigen Vorschläge zunächst in seiner Fraktion beraten. Er bemängelt, daß auch in den neuen Vorschlägen Unterdeckungen in einem Bereich nur durch Überdeckungen in anderen Bereichen ausgeglichen würden. Er regt an, daß auf Dauer über die Einführung eines Wiegesystems nachgedacht werden müsse, da dieses System dem Verursacherprinzip am nächsten komme.

Herr Dr. Beisser stellt fest, daß die Defizite im Bereich der Abfallbeseitigung zu spät erkennbar gewesen seien. Er fordert interkommunale Vergleiche und Angebote privater Firmen. Auch seine Fraktion sehe weiteren Beratungsbedarf.

Frau Hoffmann und Herr Scholl verlassen die Sitzung um 19.45 Uhr.

Herr Hellmann zeigt sich erstaunt über die Verfahrensweise der SPD-Fraktion. Er halte die Einführung einer Grundgebühr für ungerecht. **Herr Jahnke** betont, daß in 1999 kein weiteres Defizit aufgebaut werden dürfe. Er schlägt vor, in der Kostenrechnung zukünftig eine Aufteilung in fixe und variable Kostenbestandteile vorzunehmen.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses (Nr. 23) und des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen (Nr. 13) am 25.11.1998

Herr Dr. Beisser verläßt die Sitzung um 19.52 Uhr.

Herr Leeker führt aus, daß der neue Vorschlag zunächst Freiraum zur weiteren Diskussion schaffe.

Frau Koschnik betont, daß es das Ziel sei, das Prinzip der Müllvermeidung/Müllverursachung in Einklang mit der Kostendeckung zu bringen.

Herr Brinkmann erklärt, daß seitens der Verwaltung der Vorschlag inklusive der Einführung der Biomüllabfuhr als beste Lösung angesehen würde. Er sehe aber den neuen Vorschlag als gerechte Lösung für die Verteilung der Gebühren an. Er bittet Herrn Leeker, die Änderungsvorschläge der SPD-Fraktion auszuformulieren und schriftlich der Verwaltung zukommen zu lassen.

Er empfiehlt, heute auf eine Abstimmung zu verzichten, um die weitere Beratung in den Fraktionen zuzulassen. **Herr Leeker, Herr Janßen** und **Herr Renken** stimmen dem zu.

Ergebnis: Die Vorlage 13/683/2 kommt nicht zur Abstimmung. Sie wird zur Beratung in die Fraktionen und anschließend an den Verwaltungsausschuß verwiesen.

Punkt 9: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine Mitteilungen des Oberbürgermeisters.

Punkt 10: Anfragen

Herr Janßen fragt an, in welchem Zusammenhang die Zahl bei der Haushaltsstelle 7200-6331 - Abnahme von Biomüll - zu verstehen sei.

Herr Hemken erklärt, daß es sich hierbei um Haushaltsansätze und nicht um Ist-Zahlen handelt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.11 Uhr.